

Regierungspläne zum Öko-Haus umstritten

Gesetzentwurf: Jeder Hauseigentümer soll künftig erneuerbare Energien nutzen – Höhere Zuschüsse für Solardächer

VON NORBERT SCHWALDT

Berlin – Der Wohneigentümer-Verband Haus & Grund hat sich besorgt über die erhöhten Anforderungen an Heizsysteme im Rahmen des geplanten Klimaschutz-Paketes der Bundesregierung geäußert. Die finanzielle Leistungsfähigkeit der privaten Haus- und Wohnungseigentümer sei „beschränkt“, sagte Verbandspräsident Rolf Kornemann in Berlin. Im Energieeinsparungsgesetz sei das Gebot der Wirtschaftlichkeit verankert. Der verpflichtende Einbau einer neuen Heizungsanlage in einem hundert Jahre alten Gebäude wäre ökonomisch kaum zu vertreten. Nach den Plänen aus dem Bundesumweltministerium sollen die energetischen Anforderungen an Neu- und Altbauten deutlich verschärft werden. Kornemann erklärte: „Die privaten Eigentümer werden sich noch stärker als bisher am Klimaschutz beteiligen, einer ordnungspolitischen Holzhammer-Methode aber widersetzen.“

Siegfried Rehberg, Energieexperte des Bundesverbandes deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW) sagte der WELT: „Wir wollen und können nur solche Maßnahmen unterstützen, die mit einer hohen Energie- und Kosteneffizienz – geringe Kosten und deutliche Minderung des fossilen Energieverbrauchs und der Kohlendioxid-Emissionen – und einer hohen Klimawirkung einhergehen. Die aktuell in den Ministerien kursierenden Vorschläge erscheinen in Teilen als Katalog wünschenswerter Maßnahmen, der in dem Sinne so nicht zielführend ist.“ Der GdW lehne nicht aufeinander abgestimmte unterschiedliche Einzelmaßnahmen strikt ab, die die Eigentümer viel Geld kosten und letztendlich für den Klimaschutz nur wenig bringen.

Der Verband sei aber bereit, effiziente Klimaschutzmaßnahmen unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit für die Eigentümer zu unterstützen. Das „integrierte



Der Einbau von Solardächern auf Eigenheimen wird jetzt von der Bundesregierung noch stärker gefördert

FOTO: PA/ZB

Energie- und Klimaprogramm“ der Bundesregierung müsse die Freiheit der Eigentümer bei Investitionsentscheidungen zur Verbesserung der energetischen Effizienz ebenso gewährleisten wie den Wettbewerb aller Energieträger, sagte Rehberg. „Dabei müssen freiwillige Marktanreize geschaffen werden und nicht das Ordnungsrecht weiter verschärft werden, wie es von der Bundesregierung geplant ist“, kritisierte der Energieexperte.

Heizen mit Ökowärme soll nämlich bundesweit zur Pflicht werden. In einem Gesetzentwurf des Bundesumweltministeriums wird verlangt, dass Hauseigentümern künftig in Neubauten 15 und in älteren Häusern zehn Prozent der Wärme aus erneuerbaren Energien

gewinnen sollen. Dazu zählen Solartechnik, Wärmepumpen oder Heizungen für Holzpellets. Die Anforderungen können aber auch über Fernwärmenutzung erfüllt werden. In Branchenkreisen geht man davon aus, dass im laufenden

Jahr ein Entwurf erarbeitet und im nächsten Jahr dann das Gesetz verabschiedet wird. Es wird damit gerechnet, dass Hausbesitzer beim Austausch der Heizung mal an die 10 000 Euro aufwenden müssen.

Bereits im Juli hatte die CDU/

FDP-Landesregierung von Baden-Württemberg ein Gesetz auf den Weg gebracht, das die Hauseigentümer schon im nächsten Jahr in die Pflicht nimmt. So soll ab 2008 ein Fünftel des Wärmebedarfs in Neubauten aus erneuerbaren Energien gedeckt werden. Ab 2010 müssen in dem Bundesland Besitzer älterer Häuser, die eine neue Heizung einbauen, zehn Prozent des Bedarfs aus erneuerbaren Energien decken.

Wann die Öko-Heizung dann bundesweit zur Pflicht wird, ist noch nicht klar. Darüber soll am 23. und 24. August bei der Kabinettsklausur diskutiert werden. Ziel soll es sein, den Anteil alternativer Energien an der Heizwärme von heute 5,9 auf 14 Prozent im Jahr 2020 zu erhöhen.

Mehr Geld für Solaranlagen

Umweltminister Sigmar Gabriel hat angekündigt, die Investitionszuschüsse für Solaranlagen und Biomassekesseln um 50 Prozent zu erhöhen. Seit Jahresbeginn waren im Solarbereich Absatzzurückgänge von 35 Prozent, im Biomassebereich sogar von über 60 Prozent verzeichnet worden. Der Bundesverband Solarwirtschaft teilte mit,

je nach Typ und Größe der Solaranlage könnten Eigenheimbesitzer Zuwendungen von 300 bis mehr als 1000 Euro erhalten. So beträgt die Investitionsbeihilfe ab sofort 60 Euro je Quadratmeter Solarkollektorfläche. Für eine kombinierte Solaranlage mit Heizung gibt es einen Zuschuss von 105 Euro je Quadratmeter. DW